

DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Gera
Andreas Schubert (Fraktionsvorsitzender)

Stadtratssitzung am 04.06.2020

Hier: Rede zur Vorlage DS-Nr. 50/2020 – Förderung notwendiger Straßenbahnbeschaffung durch die Stadt Gera

Die Sachentscheidung – Ersatzinvestitionen für rund 40 Jahre alte Straßenbahnen – ist lange überfällig.

Für alle aktuellen und auch zukünftigen Nutzer der Geraer Straßenbahn ist es eine bedeutsame Grundsatzentscheidung:

Wie sieht unser öffentlicher Personennahverkehr in Zukunft aus und wie leistungsfähig ist er was Taktzeiten und Kapazitäten, auch für Kinderwagen, Rollatoren und Rollstühle, betrifft?

Wieviele Straßenbahnen sind notwendig um die alten Bahnen zu ersetzen, wenn insgesamt für den Status quo 24 Bahnen gebraucht werden?

Der Nahverkehrsplan sieht 12 neue Straßenbahnen vor - 6 bis zur Insolvenz, 6 weitere jetzt.

Das städtische Verkehrsamt, also Teil der Behörde, die uns diese Vorlage auf die TO gesetzt hat berechnet 10 (nachdem der Fachdienstleiter im AR der GVB am 2. Januar diesen Jahres diese Frage noch mit 12 beantwortet hat) Weder die eine noch die andere Zahl findet sich in der Vorlage...

6 neue Bahnen reichen also niemals, wenn 12 notwendig sind und um es kurz zu sagen, wer heute nur 6 Straßenbahnen beschließen will, der trägt die Verantwortung für eine Ausdünnung des Straßenbahnverkehrs in der Zukunft, für rammelvolle Bahnen im Berufsverkehr, für eine Verschlechterung des Angebots im öffentlichen Personennahverkehr unserer Stadt.

DIE LINKE steht für einen attraktiven, modernen, möglichst barrierefreien und zukünftig auch kostenfreien öffentlichen Personennahverkehr.

Die Notwendigkeit von 12 Bahnen wurde sowohl in Stadtratsbeschlüssen als auch im Wirtschaftsplan des GVB mehrfach bestätigt – 2019 / 2020. (alter AR)

Die Zahl 12 ist also weder eine Erfindung der Linken, noch der Grünen, noch der SPD auch nicht des GVB – es ist die berechnete Zahl der notwendigen Straßenbahne, deren Beschaffung ja Gegenstand des TOP ist. Und jetzt kann man sich noch streiten, ob es finanzielle Vorteile bringt nicht alle alten Bahnen zu tauschen, sondern einige davon weiter zu nutzen – was ja die Stadtverwaltung hätte untersuchen können und uns die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung hätte vorlegen müssen. Hat sie aber nicht!

Die Stadtverwaltung insbesondere das Beteiligungscontrolling und der Finanzbürgermeister sind bis heute ihre Verantwortung nicht nachgekommen, die notwendigen Beschlussgrundlagen in der vom Stadtrat wiederholt eingeforderten Zusammenarbeit mit dem GVB vorzubereiten. Stattdessen wird seit Monaten auf Zeit gespielt und am Ende eine rechtswidrige Vorlage vorgelegt.

Im Februar haben wir im Stadtrat den Wirtschaftsplan der GVB für 2020 beschlossen und Sie beauftragt eine Endschaffungsregelung zur überhängigen Laufzeit des Kredits der GVB über den ÖDA mit dem Landesverwaltungsamt zu verhandeln. Ergebnis = 0.

Das wir erst heute einen Tag vor Ablauf der letztmalig verlängerten Frist des Fördermittelgebers einen Tagesordnungspunkt dazu von der Verwaltung aufgesetzt bekommen haben – spricht Bände.

Selbst die Beschlussfassung im Dezember zur Teilumwandlung des Gesellschafterdarlehens war von den Fraktionen initiiert, obwohl es die Verabredung zur Haushaltsbeschlussfassung mit Ihnen Herr Bürgermeister Dannenberg gab, das für den GVB diese Frage im Dezember zu klären ist.

Aber es ist eben nicht nur eine Missachtung der Dringlichkeit des immer wieder verschobenen Themas, nein meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird gezielt gegen nachhaltige Lösungen gearbeitet, seit 2016.

Bis heute hat niemand eine schlüssige Begründung gehört, warum ausgerechnet 17 Millionen Darlehen dem neugegründeten GVB als Hypothek in die Wiege gelegt wurden – ein Darlehen, was kurz nach dem Start gestundet werden musste, weil es nicht bedient werden kann und was nur diejenigen für eine tolle Idee halten, die für ihre Einschätzung Geld bekamen.

Aber bis heute ist dieses Darlehen die Wurzel allen Übels, weil es eben längst nicht mehr um Sachargumente geht, es geht leider nur noch ums banale Recht behalten. Eine falsche Entscheidung von 2016 wird immer weiter verteidigt, koste es was es wolle.

Mit dieser Motivation Herr Dannenberg, wird Gera nicht in die Zukunft zu führen sein. Wir erleben einen einmaligen Vorgang in unserer Stadt, dass man sich zum wiederholten Male dagegen wehrt, Fördermittel des Landes zur Erledigung dringend notwendiger Aufgaben anzunehmen.